



Pro Ökumene –  
Initiative in Württemberg e.V.



Pressemitteilung vom 10. Dezember 2021

## Baustellen der Menschenwürde

19. Forum Ökumene mit Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte

**Menschenrechte kommen nicht von alleine. Das betonte Michael Windfuhr, stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, beim 19. Forum Ökumene: „Bei der Französischen Revolution wurde gestritten, auch die Amerikanische Erklärung der Menschenrechte kam nicht konfliktfrei. Menschenrechte müssen erkämpft werden. Um sie muss gestritten werden. Sie müssen gegenüber denjenigen, die an der Macht sind, durchgesetzt werden.“**

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember hatten fünf kirchliche Einrichtungen zum 19. Forum Ökumene eingeladen: Pro Ökumene, der Dienst für Mission und Ökumene (DiMOE) der württembergischen Landeskirche, die Evangelische Mission in Solidarität (EMS), der Hospitalhof Stuttgart und die Evangelische Akademie Bad Boll. Die Zoom-Konferenz zählte knapp 50 Teilnehmende.

Macht führe, wenn sie nicht demokratisch kontrolliert werde, immer wieder zu Missbrauch, betonte Windfuhr. „Die Verletzung der Menschenrechte ist der Alltag. Es gibt so viele Formen von Diskriminierung.“ Entscheidend sei, dass jeder Mensch auf der Erde wisse: „Ich bin durch die Würde geschützt. Niemand kann sie mir absprechen.“

### **Koalitionsvertrag will Menschenrechte stärken**

Das Deutsche Institut für Menschenrechte gibt es seit 2001. Im Zuge der Wiener Menschenrechtskonferenz von 1993 entstanden in über 110 Ländern Menschenrechtsinstitutionen, die alle fünf Jahre von der UNO auf ihre Unabhängigkeit überprüft werden. Das deutsche Institut sei, bezogen auf die Größe Deutschlands, mit seinem Etat von 1,5 Millionen Euro schwach ausgestattet, beklagte Windfuhr. Der neue Koalitionsvertrag sehe eine Stärkung vor. Er widersprach der gängigen Auffassung, Menschenrechte seien in Deutschland gar kein Problem, es gebe doch ein starkes Grundgesetz und ein Verfassungsgericht. „Die Durchsetzung der Menschenrechte muss bei den vulnerablen Gruppen beginnen. Nichts ist ungerechter als die gleiche Behandlung von Ungleichen.“

### **Sechs Baustellen in der Durchsetzung.**

Windfuhr machte in Deutschland sechs Themenfelder aus: Das erste ist die Inklusion. Diese fehle in vielen Fällen, etwa bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zur Wohnung und zum Nahverkehr. So habe gerade Nordrhein-Westfalen die Mindestanforderung von drei Prozent barrierefreien Wohnungen bei Neubauten wieder gekippt. Das zweite Themenfeld ist Gewalt gegen Frauen. 2020 gab es in Deutschland 139 Todesfälle. „Das ist nur die Spitze eines Eisberges.“ Auch Menschenhandel, oft durch Schleuser und Zwangsprostitution, gehörten dazu.

Armut sei auch in Deutschland ein weiteres Thema: Die Lebenserwartung der obersten 20 Prozent sei zehn Jahre höher als die Lebenserwartung der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. „Da stecken multiple Formen von Diskriminierung dahinter.“ Das vierte Thema ist für Windfuhr der Umgang mit Flüchtlingen. „Das sind nicht nur die Toten im Mittelmeer. Wir unterstützen auch Polen bei seinen Push-Backs an der Grenze zu Belarus, obwohl wir ein Recht auf Asyl im Grundgesetz haben.“ Über Rassismus, das fünfte Thema, müsse viel mehr gesprochen werden, über das „racial profiling“ der Polizei, über Hass im Internet. Windfuhrs letztes Thema waren die Menschenrechte in der Wirtschaft, miserable Arbeitsbedingungen bei Tönnies und Gorillas, unbezahlten Stunden auf dem Bau und Menschenrechtsverletzungen in den globalen Lieferketten.

Manches sei damit noch nicht angesprochen, etwa die Situation von Obdachlosen. „Auch in Deutschland gibt es Handlungsbedarf an allen Ecken. Die Würde von Menschen ist an vielen Stellen in Frage gestellt. Die Regierungen kümmern sich, aber wir würden uns manchmal mehr wünschen.“

### **Menschenrechte international fördern**

Auch international liege vieles im Argen: „Immer mehr Staaten werden autokratisch und nationalistisch regiert. Es gibt immer mehr defekte Demokratien. Es braucht immer wieder Veränderungen, bei denen Eliten ausgetauscht werden. Aber Wahlen allein genügen nicht. Es braucht freie gesellschaftliche Institutionen, vom Arbeitgeberverband bis zu den Gewerkschaften, es braucht Wohlfahrtsverbände und Kirchen, die helfen, den Staat zu kontrollieren. Es braucht Gerichte, die funktionieren. Das erste, was autoritäre Staaten machen, ist, die Spielräume der Zivilgesellschaft und nationaler NGOs einzuschränken. Deshalb ist es wichtig, Menschen vor Ort, die sich für die Menschenrechte einsetzen, zu unterstützen.“

Wirtschaftlich gäbe es skandalöse Konzentrationsprozesse: „Laut Oxfam haben 40 Milliardäre inzwischen das halbe Einkommen der Weltbevölkerung. Das geht mit enormer Macht einher.“ Eine weitere Herausforderung sei der Klimawandel: „Von der Flut in Indien vor drei Jahren waren 21 Millionen Menschen betroffen. Wo sollen sie wieder angesiedelt werden?“ Menschenrechte seien auch bei Klimaschutzbemühungen nötig: „Wie ist das, wenn Menschen wegen Windrädern oder Staudämmen umgesiedelt werden sollen? Wo sollen die Aufforstungsflächen herkommen, die Konzerne für ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz angeben?“

Kritisch seien auch die „blinden Flecken der Staatlichkeit“: „Im Jemen wissen Sie nicht mehr, wer was regiert. Denken Sie an Syrien, Afghanistan oder den Norden von Burkina Faso.“

„Wir brauchen eine starke Menschenrechtsbewegung, eine starke Kontrolle von Macht“, schloss Windfuhr. „Das wichtigste sind die Menschen, die sich vor Ort einsetzen. Wir haben in den letzten Jahren bei der Einklagbarkeit der Menschenrechte viel geschafft.“

### **Verschärfung durch die Pandemie**

Dr. Carola Hausotter, Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Bad Boll, antwortete auf Windfuhrs Vortrag. Sie zeigte eine Weltkarte der südafrikanischen Menschenrechtsorganisation Civicus: Nur wenige Staaten waren grün und damit als menschenrechtlich unbedenklich markiert. Hausotter beobachtet eine Zunahme sexualisierter Gewalt, die Aushebelung rechtsstaatlicher Garantien und die Stärkung autoritärer Herrschaft. „Die Covid-Krise verschärft die Situation. Mittel wie die Ausgangssperren und Einschränkungen anderer Art treffen weltweit vor allem vulnerable Gruppen.“

Auch sie betonte die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft. Außerdem gebe es viele aktive Parlamentarier und Parlamentariergruppen zu den verschiedenen Ländern. Doch in der Krise seien keine Reisen möglich gewesen, das müsse wieder aktiviert werden. Durch die fehlenden Vor-Ort-Begegnungen fehle die internationale Aufmerksamkeit. Auch die deutschen Botschaften spielten eine große Rolle. „Sie können Menschenrechtsmonitoring betreiben.“

### **Menschenrechte als Seismograph**

Dass es neben den bereits genannten Baustellen bei den Menschenrechten noch weitere gibt, zeigte die anschließende angeregte Diskussion. Ein Zuhörer verwies auf Menschenrechtsverletzungen durch Waffenexporte, etwa nach Mexiko und Saudi-Arabien, und durch die europäische Wirtschaftspolitik – wenn subventioniertes Geflügelfleisch aus Europa einheimische afrikanische Märkte zerstöre. Auch das neue Lieferkettengesetz war ein Thema. Für viele Unternehmen sei es eine echte Herausforderung, sagte Windfuhr. „Aber viele Unternehmen wollen das auch. Es wird nochmals einen Kulturwandel bringen.“ Pfarrerin Heike Bosien, Leiterin des DiMOE, forderte dazu auf, Menschenrechte in den Lieferketten im Auge zu behalten. Denn, so der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan: „Die Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Ursachen der Konflikte von morgen.“ (Etwa 7400 Anschläge.)